

Der direkte Weg: Vom Energiemangel zur Misere

geschrieben von Admin | 14. Dezember 2022

Rationiert statt Angebots- orientiert

Frank Hennig

Auf jede Kilowattstunde kommt es an, sagt der Klimaminister. Und damit auf jeden Kilometer, der nicht mit dem E-Mobil zurückgelegt wird. Trotzdem gibt es Subventionen für den Kauf eines solchen. Subventionen wird es auch für eine Strompreisbremse geben, weil immer weniger Strom immer teurer wird. Das ist – vorsichtig ausgedrückt – in sich nicht ganz konsistent.

Gesellschaften, die unter Energiemangel leiden, sind arme Gesellschaften. Ein „Wohlstand des Weniger“ wird als Ziel ausgegeben. Es wird kein Wohlstand mehr sein, sondern etwas staatlich zugestandene Wohlfahrt.

Das angestrebte klimaneutrale Energiesystem der Zukunft wird nicht mehr jeden Kundenwunsch befriedigen können. Die Schwächen der Zufallsenergiebereitstellung machen eine Versorgung im herkömmlichen Sinn unmöglich. Deshalb soll stärker die Verbraucherseite einbezogen werden. Dem Demand-Site-Management (DSM) wird immer mehr Potenzial zugeschrieben, je mehr sich dieses auf der Erzeugerseite verringert.

Die Grünen lassen schon länger einen Blick in die Zukunft zu, indem sie den Begriff der „angebotsorientierten Versorgung“ prägten. Sylvia Kotting-Uhl, ehemalige Bundestagsabgeordnete, Spezialistin für Kunstgeschichte und alternatives Leben und vom echten Leben eher nicht betroffen, war wohl die erste, die es im Bundestag deutlich aussprach. Der Anspruch der Kunden, zu jeder Zeit jede beliebige Menge an Energie benutzen zu können, ist aus ihrer Sicht von gestern. Denkt man sich dies in Ruhe zu Ende, dann sieht die Zukunft weder rosig noch grün noch ökologisch aus. Es ist der Startschuss für die Industrie, endlich abzuwandern. Verbrämt wird das Ganze als „Wohlstand des Weniger“ verkauft, als Fortschritt durch Rückschritt. Wie in Drittweltländern würden den Verbrauchern Kontingente an Energie zugewiesen, Zeiten und Mengen wären variabel.

Nachdem der damalige Wirtschaftsminister Altmaier Ende 2020 einen Gesetzentwurf zur Spitzenglättung vorgelegt hatte, musste er ihn auf Grund des Drucks von mehreren Seiten wieder zurückziehen. Die Netzbetreiber wollten mehr Verbraucher abregeln, die E-Auto-Branche befürchtete eine dadurch verursachte Kaufzurückhaltung. Nach zwei weiteren Jahren, in denen auf der Erzeugerseite weiter abgeschaltet

wurde, die Zahl der E-Mobile aber wuchs, drängt das Problem die Netzbetreiber heute umso mehr.

Nun liegt ein neues Eckpunktepapier der Bundesnetzagentur vor, das zunächst die Konsultationen einleiten soll. Die größeren Bezugsmengen von E-Mobil-Ladestationen und Wärmepumpen bei höherer Gleichzeitigkeit wären „große Herausforderungen“ für die Verteilnetze. In dem Eckpunktepapier geht es zunächst um Definitionen, damit alle Beteiligten wissen, wovon sie reden.

Andere Länder sind weiter

Keineswegs traf nur Deutschland falsche energiestrategische Entscheidungen. Großbritannien fuhr schon zu Thatchers Zeiten die Nutzung heimischer Kohle zurück und verließ sich zunächst auf eigenes Erdgas in der Nordsee. Als die Erdgasquellen versiegtten, begann man sich für die Offshore-Windkraft zu begeistern, baute umfänglich aus und hoffte, damit Versorgungssicherheit zu niedrigen Preisen zu schaffen. Unter dem Eindruck stark gestiegener Gaspreise und mehrtägiger Flauten auf See werden nun Kohlekraftwerke wieder reaktiviert. Langfristig will man nuklear expandieren, um das Ziel der Emissionsfreiheit bis 2050 zu erreichen. 24 Gigawatt Kernkraftwerksleistung sollen entstehen, bis 2030 sollen acht neue Reaktoren genehmigt werden.

Das hilft aber heute noch nicht. Deshalb legte die Regierung bereits Mitte 2021 ein Konsultationspapier zum „Electric Vehicle Smart Charging“ vor. Neue private und betriebliche Ladestationen werden zwischen 8 und 11 sowie 16 und 22 Uhr automatisch abgeschaltet.

Auch die Schweiz sorgt sich um die Versorgungssicherheit der nächsten Jahre. Obwohl sie gut mit Kern- und Wasserkraft ausgestattet ist, steht sie als Drehscheibe im europäischen Netz unter besonderen Herausforderungen. Mittels 41 grenzüberschreitenden Leitungen ist sie eng wie kein anderes Land mit den Nachbarn verbunden und entsprechend stark vom ausländischen Geschehen abhängig. Der traditionelle Dauer-Importeur Italien zieht den Strom nach Süden ab, während die bisherigen Transitstrommengen aus Frankreich und Deutschland dorthin abnehmen und vermutlich ganz entfallen werden. Daneben wartet im Osten mit Österreich ein unsicherer Kantonist mit einigen Unwägbarkeiten auf, auch wenn das Kohlekraftwerk in Mellach bei Graz wieder reaktiviert werden soll.

Zudem gibt es Streit über das EU-Marktzugangsabkommen, die Verhandlungen darüber wurden Mitte 2022 ergebnislos abgebrochen. Damit fehlt den Eidgenossen der Zugang zu relevanten Informationen des Stromhandels, die auch für die Netzsicherheit wichtig sind.

Deshalb wird derzeit ein Verordnungsentwurf diskutiert („Verordnung über Beschränkungen und Verbote der Verwendung elektrischer Energie“), der die Lage im kommenden Winter entspannen soll. Vier Eskalationsstufen können aufgerufen werden, die dann zum Beispiel Maschinenwäschen über 40 Grad, die Benutzung von Wäschetrocknern und die Benutzung von E-Mobilen

für nicht zwingende Fahrten verbieten.

In Österreich trifft man Vorsorge, falls der Strom ganz wegbleibt. Ein Konzept zur Lebensmittelversorgung im Falle eines Blackouts wurde erarbeitet, wonach am zweiten Tag des Ausfalls in Supermärkten vorbereitete Lebensmittel-Pakete und Getränke ausgegeben werden, ab dem dritten Tag nur noch ein Trockensortiment vorgehalten wird sowie diverse Drogerieartikel. Das alles natürlich nur gegen Bares. Gemeinden sollen bereits Briefe an die Haushalte verschickt haben mit Angaben, wo sich die Einwohner 24 Stunden nach Eintritt des Blackouts einfinden können, in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, wo sie sich aufwärmen können, Verpflegung und vielleicht Informationen erhalten.

Wie lange der Aufbau einer Lebensmittel-Notversorgung in Deutschland dauern würde, ist unklar. Zunächst würde man eine Task-Force gründen, dann eine/n Bundesbeauftragte/n (m/w/d) einsetzen und am Ende würde man sich um die Anteile der Essenspakete in der Typisierung Vollkost / . . . / vegan streiten. Es würde vermutlich sehr lange dauern, aber niemand kommt auf die Idee, damit wenigstens anzufangen. Wenn es zu spät wäre, würde es wieder heißen: „Wir werden einander viel verzeihen müssen“ (© Jens Spahn).

In Fragen der Katastrophenvorsorge ist Deutschland jedenfalls kein Vorreiter, die Leute im Ahrtal mussten es bitter erfahren. Ein „Bundeswarntag“, an dem eine öffentliche Alarmierung 2020 getestet werden sollte, schlug fehl. Eine Wiederholung im Jahr 2021 wurde abgesagt, man sei noch nicht soweit, das erste Quartal 2022 wurde Zieltermin. Nun fand der Test am 8. Dezember statt, wohl halbwegs erfolgreich. Allerdings ohne den Sirenentest in Berlin, dort sei man noch nicht soweit und brauche noch ein bis zwei Jahre.

Demand-Site-Management statt Sperrzeiten

Blackouts sollen durch das DSM vermieden werden. Bei uns gibt es dies schon sehr lange, wurde aber kaum wahrgenommen. Es diente bisher eher der Belastungsoptimierung aus Kostensicht und war nicht dem Mangel geschuldet. Nachtspeicherheizungen und Wärmepumpen werden nicht durchgängig mit Strom versorgt. Die sogenannten Sperrzeiten, zu denen im Tagesverlauf die Last besonders hoch ist, sind seit zig Jahren Bestandteil der Verträge und in fixen Uhrzeiten festgelegt.

Dafür ist dann der Heiz- oder Wärmepumpenstrom billiger. Die Anschlussleistungen der Wärmepumpen betragen meist drei bis sechs Kilowatt (kW). Die üblichen häuslichen Ladestationen für E-Mobile laden da mit 11 oder 22 kW schon kräftiger zu. Bisher werden die Ladezeiten nicht durch Abschaltzeiten unterbrochen, diese Einschränkungen sind aber längerfristig zwingend. Bisher ist die Zahl der E-Mobile noch vergleichsweise gering, aber der Gleichzeitigkeitsfaktor ist sehr hoch. Zur Feierabendzeit stöpseln tausende E-Fahrer ihr Gefährt an, weil sie am nächsten Tag wieder fahren wollen. Sicher ist es nicht so, dass jeder

sofort laden müsste, mancher könnte es später tun oder die Restkapazität noch für den Folgetag ausnutzen.

Die meisten werden trotzdem sofort laden wollen, das hat zwei Gründe: Die Deutschen sind ängstliche Menschen. German Angst heißt auch German Reichweitenangst, die im ökostromarmen Winter umso größer ist. Zweitens kann eine ungeplante Fahrt am Abend oder nachts erforderlich werden. Man besitzt ein Auto nicht, um ständig zu fahren, sondern um bei Bedarf jederzeit fahren zu können. Das ist ein wichtiger Teil der persönlichen Freiheit, die uns ein Auto als Träger individuellen Verkehrs bietet.

Werden Ladesäulen wie die Wärmepumpen zeitweise aus Gründen der Netzbelastung abgeschaltet, mindert das natürlich die wichtige Gebrauchseigenschaft eines Autos – die Verfügbarkeit. Nachdem der Vorteil des preiswerteren Stroms gegenüber Benzin oder Diesel zumindest beim öffentlichen Laden schon entfallen ist, zieht auch der Haushaltsstrompreis zügig an. Wenn dann noch die Fahrbereitschaft des Stromers durch begrenzte Ladezeiten sinkt, entfällt ein wichtiger Vorteil des Gerätes.

Ein sehr wirksames Instrument des DSM hat die Bundesregierung den Netzbetreibern unterdessen aus der Hand genommen. Über die sogenannte Abschaltverordnung (AblaV) standen sofort- oder schnell abschaltbare (innerhalb von 15 Minuten) Lasten vertraglich abgesichert bereit, das Netz kurzfristig zu entlasten und damit zu stabilisieren. Das betraf insgesamt 21 Unternehmen mit immerhin 2.500 Megawatt Last. Die EU erkannte in dieser Regel allerdings eine Wettbewerbsverzerrung, sodass die Verordnung auslief, ohne dass eine alternative Regelung geschaffen wurde. Vielleicht lenkte auch die Suche nach einem Hoffotografen für den Minister etwas ab.

Gehorsam gegenüber Brüssel ist ein Kennzeichen deutscher Politik. Bleibt abzuwarten, wie künftig drohende kaskadierende Abschaltungen in der Fläche den Wettbewerb verzerren.

Noch eine „Plattform“

Viele Wissenschaftler, Fachleute, Praktiker oder einfach mitdenkende Menschen wiesen in den vergangenen Jahren immer wieder auf die Notwendigkeit sicherer wind- und tageszeitunabhängiger Stromproduktion hin. Auf dem Weg in die Bundesministerien wurde der Ruf wohl von Windkraftanlagen verweht. Laut Habeck gäbe es kein Stromproblem. Nun legt ein „breites Bündnis“ Handlungsempfehlungen für eine Reform des Strommarktes vor. Man kann nur fröhlich „Guten Morgen“ sagen. Seit fast 20 Jahren schaltet man ab, verteuert und verbietet – und beginnt jetzt, sich über den Ersatz Gedanken zu machen.

„Anlagen, die bedarfsgerecht Strom liefern, ... werden zunehmend zur kommenden Leitwährung im Strommarkt“, heißt es in der Empfehlung. Eine „Plattform Klimaneutrales Stromsystem“ soll 2023 die Arbeit aufnehmen, auch ist die Rede von Speichern. Nochmals „Guten Morgen“.

Die Verfasser sind genau jene, die permanent das Mantra vom „immer mehr“ an Wind- und Sonnenstrom bedienen. Der vergrünte Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) wie auch der Verband der Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA), der vom angeheizten Windkraftausbau profitierte.

Der Strommarkt müsse nach den Bedürfnissen der „Erneuerbaren“ ausgerichtet werden, so Simone Peter (Grüne) vom Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE).

Auch Stefan Kapferer vom Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz äußert sich. Für den immer geringer werdenden Anteil der gesicherten Leistung müsse ein marktlicher Rahmen gefunden werden. Sein Vorgänger Boris Schucht hatte in einem Interview noch 2016 erklärt, 80 Prozent Erneuerbare im Netz seien „kein Problem“. Um dann noch hinzuzufügen:

„Es gibt einige Mythen in der Energiewirtschaft. Einer davon ist die Vorstellung, man brauche bei der Integration erneuerbarer Energien sofort mehr Flexibilität im System. Also Speicher oder abschaltbare Lasten oder Backup-Kraftwerke. Das ist ein Mythos. Wir haben viel mehr Flexibilität im System, als wir benötigen.“

Nun gut, das ist sechs Jahre her, wir haben im Netz aber „nur“ etwa 50 Prozent regenerativen Strom im Jahresdurchschnitt. Warum bedarf es jetzt einer Plattform? War das nicht absehbar? Ein gutes Beispiel dafür, dass Manager managen, was nichts mit überbordendem Sachverstand zu tun haben muss.

Die Situation ist vor allem die Folge der Tatsache, dass der Energiewende kein Masterplan zugrunde liegt und dass man sich nicht an eigene Vorgaben hielt. Die Kanzlerin begründete die Machbarkeit des Atomausstiegs 2011 im Bundestag auch damit, dass hochmoderne Kohlekraftwerke als Ersatz gebaut würden. Nach meiner Kenntnis waren es ganze drei, von denen eines (Moorburg) schon wieder Geschichte ist. Die schnell gewachsene Klimaangst nach 2011 führte zur Schwächung des Backups. Statt neue Kohlekraftwerke zu bauen, wurden bestehende abgeschaltet, zusätzlich zu den Kernkraftwerken.

Der Atomausstieg sollte auch vom Netzausbau begleitet und abgesichert werden, sodass 2022 mit dem Abschalten des letzten KKW die großen Nord-Süd-Leitungen in Betrieb gehen sollten. Nun spricht man von 2028. Abgeschaltet wird trotzdem.

So schafft man selbst Probleme, schiebt die Schuld an der selbst organisierten Mangelwirtschaft dann aber Putin zu, nachdem man sich bewusst von ihm anhängig gemacht hat. Eigene Fehler gesteht man prinzipiell nicht ein.

Klimagerechte Unterdeckung

Zu erwarten ist, dass die „Plattform Klimaneutrales Stromsystem“ eine

alte Forderung neu erheben wird: Wir bräuchten mehr Wind- und Sonnenstrom. Das wird zunehmend durch Verknappung von Rohstoffen, Material, Fachkräften und vor allem steigenden Preisen schwierig werden. Gegen die hohen Kosten gibt es schon eine ministerielle Idee, nämlich Staatsbürgschaften. Nach Zuschlag in den Ausschreibungsverfahren müssen die Windkraftanlagen innerhalb von 20 Monaten errichtet werden, allerdings ist für die Investoren nicht mehr kalkulierbar, wie sich die Preise bis dahin entwickeln. Mit einer Staatsbürgschaft im Rücken könnten sie drauflos bauen. Sollte es sich am Ende nicht rechnen, springt der Steuerzahler ein. Wenn Steuergeld fehlt, wird Herr Lindner losgeschickt. In seinem Reichsluftfahrtministerium, einem wirklich großen Gebäude, wird sich in einer der Besenkammern schon noch ein Sondervermögen finden lassen.

Unterdessen wird bei Vestas gestreikt, Windkraftanlagen werden von den Arbeitnehmern eben nicht ehrenamtlich zusammengeschaubt. Arbeitnehmerinteressen sind der grünen Bourgeoisie allerdings wurscht. Sie hat mit der Armut anderer generell kein Problem.

Am 7. Dezember zeigte die Hinweis-App „StromGedacht“ vom baden-württembergischen Netzbetreiber EnBW erstmalig durch ein rotes Signal an, dass in der Stunde von 14 bis 15 Uhr mit einer Unterdeckung zu rechnen sei, erhöhter Verbrauch sollte möglichst vorgezogen oder vermieden werden. In Frankreich gibt es mit „ecowatt“ bereits ein ähnliches System, allerdings für das ganze Land. Beide Systeme machen Sinn und werden unstrittig im kommenden Winter noch öfters zum Einsatz kommen. Willkommen in der Zukunft.

Die Regierung verordnet uns eine Energiediät zugunsten des „Klimas“, was aber angesichts falscher Maßnahmen der Atmosphäre nicht hilft. Ob sie überhaupt Hilfe braucht, ist ein anderes Thema für sich.

Über mehrere Hunderttausend Jahre haben sich Menschen an veränderte natürliche und gesellschaftliche Veränderungen angepasst, nur dies sicherte den Erhalt der Art. Wir werden uns auch an den Energiemangel anpassen und gewöhnen. Das Lebensniveau wird aber ein ganz anderes sein. Energiemangelgesellschaften sind arme Gesellschaften. Das war im Mittelalter die Norm. Es gibt Schwellenländer, die sich entwickeln und zu Industrieländern mit höherem Lebensstandard wandeln. Eine Bezeichnung für Länder, die die Schwelle rückwärts überschreiten, gibt es noch nicht.

Zu sehen ist ein Tunnel am Ende des Lichts. Wie lang er sein wird, ist noch unbekannt.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier